



Willi Zylajew MdB

Große Mehrheit in CDU/CSU-Fraktion zu weiteren Euro-Sicherheitsmaßnahmen

In unserer Fraktionssitzung haben wir soeben ausführlich den aktuellen Stand des Euro-Sicherungspakets beraten. Danach stehen folgende Elemente zur Beschlussfassung im Bundestag an:

Aus dem gesamten EFSF können Not-Kredite in Höhe von 440 Milliarden Euro ausgezahlt werden. Die Länder der Euro-Zone haften zur Absicherung des Fonds mit 780 Milliarden Euro, davon fallen 211 Milliarden Euro auf Deutschland. Praktisch können wir damit z.B. Griechenland kurzfristig helfen. Doch was passiert, wenn größere Länder wie Italien oder Frankreich Hilfen benötigen? Um diese Frage zu beantworten, ohne den staatlichen Garantierahmen zu erhöhen, werden verschiedene Optionen diskutiert.

- Eine mögliche Lösung ist das Versicherungsmodell. Private Investoren würden hier zum Kauf von Staatsanleihen angeschlagener Euro-Länder angeregt, in dem der staatliche Rettungsschirm einen Teil der Risikoverluste als „Versicherung“ übernimmt. Ein Beispiel: Das Ausfallrisiko eines Landes wird mit 20 Prozent bewertet. Mit 100 Milliarden Euro aus dem staatlichen Rettungsschirm ließen sich 500 Milliarden Euro von privaten Investoren absichern. Die EFSF-Mittel hätten in dem Fall eine fünffache Hebelwirkung.
- Die zweite Option ist die Gründung einer Zweckgesellschaft, die Anleihen eines Euro-Landes kauft. Investoren könnten dann im Hinblick auf mögliche Renditechancen in die Gesellschaft einzahlen. Verluste würden zum Teil durch den EFSF abgesichert.

Privates Geld kann z.B. auch aus China kommen. Dies könnte neue politische Abhängigkeiten von bestimmten Akteuren auf dem Weltmarkt hervorrufen.

Die Grundlage für das Handeln unserer Regierung beim bevorstehenden europäischen Gipfeltreffen legt der Bundestag mit seiner morgigen Abstimmung fest. Die Zustimmung in unserer Fraktion wurde soeben mit sehr großer Mehrheit erteilt. Wir sind uns bewusst, dass dieses System eine höhere Wirksamkeit für den Rettungsschirm bedeutet. Zweifellos werden aggressive Kräfte auf den Finanzmärkten versuchen, diesen Schutzschirm wiederum zu attackieren. Fakt ist: Die Krise ist wirklich erst dann beendet, wenn die Verschuldung aller betroffenen Staaten drastisch reduziert worden ist.

Unsere Enkelkinder werden uns in 20 Jahren fragen:

„Wie war das bei der großen Krise 2011?“ Ich gehöre zu der Altersgruppe, die mit 18/19 Jahren anfang, die Großeltern-Generation zu fragen: „Wie war das in der Weltwirtschafts-Krise Ende der 20er Jahre? Wie war das mit Armut und Arbeitslosigkeit, den Wahlerfolgen der NSDAP, Hitlers Machtergreifung, Kriegstreiberei usw?“ Damals hat Deutschland den nationalen Alleingang gewählt. Das Ende wurde zur Katastrophe für uns und die halbe Welt.

Die Entscheidungen dieser Wochen belasten. Sie kosten viel Kraft, verbrauchen Zeit und verschleißen auch Vertrauen. Mich beschäftigt das Für und Wider zu einzelnen Positionierungen sehr. Von klugen Fachleuten aus dem Wahlkreis, Experten aus Berlin, Brüssel und anderen Machtzentren erhalte ich viele, viele Ratschläge. Ich muss für meine Entscheidungen geradestehen wie jede und jeder andere von meinen Kolleginnen und Kollegen. Mir bleibt die Hoffnung, dass meine neun Enkelkinder in 20 Jahren feststellen, dass wir im Krisenjahr 2011 vernünftig gehandelt haben.